

Heidi Hein-Kircher, Agnes Laba

---

Einleitung / Problemstellung

---

OstDok- Themenportal „Grenzziehungen im östlichen Europa nach dem Ersten Weltkrieg in der frühen Forschungsliteratur“

Herausgegeben vom  
Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung  
Institut der Leibniz-Gemeinschaft  
[www.herder-institut.de](http://www.herder-institut.de)  
im Auftrag des Fachrepositoriums für Osteuropastudien OstDok  
[www.vifaost.de/ostdok/](http://www.vifaost.de/ostdok/)

*Empfohlene Zitierweise*

Hein-Kircher, Heidi / Laba, Agnes: Einleitung / Problemstellung. In: Themenportal „Grenzziehungen im östlichen Europa nach dem Ersten Weltkrieg in der frühen Forschungsliteratur“. München 2016.

URL: [https://vifaost.de/fileadmin/themenportale/Grenzziehungen\\_Einleitung.pdf](https://vifaost.de/fileadmin/themenportale/Grenzziehungen_Einleitung.pdf)  
(Datum der Einsichtnahme)



Creative Commons Namensnennung -  
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International

# Themenportal „Grenzziehungen im östlichen Europa nach dem Ersten Weltkrieg in der frühen Forschungsliteratur“

Heidi Hein-Kircher, Agnes Laba (Marburg)

## Einleitung / Problemstellung

Spätestens seit Beginn des Ersten Weltkriegs hatten Aktivisten der Nationalbewegungen begonnen, über Möglichkeiten zumindest über einen autonomen Status ihrer Nation im Rahmen der noch bestehenden Imperien nachzudenken. Solche Überlegungen wichen zunehmend Gedankenspielen, die sich mit der Herstellung der eigenen Staatlichkeit auseinandersetzten. Diese wurden verstärkt, als sich in den letzten Kriegsmonaten allmählich abzuzeichnen begann, dass das Deutsche Reich seine Hegemonialstellung in Ostmitteleuropa, deren Höhepunkt der Vertrag von Brest-Litowsk abbildete, nicht würde halten können und dass Österreich-Ungarn und das Russische Reich allmählich zerfielen.

Somit wurde einerseits der territoriale Neuordnungsbedarf in Europa immer virulenter, andererseits auch die Notwendigkeit, dass sich die Siegermächte mit ihm in den anstehenden Friedensverhandlungen würden auseinandersetzen müssen. Dies hatte Rückwirkungen auf die Nationalbewegungen, die sich im östlichen Europa seit der Revolution von 1848/49 in unterschiedlichem Tempo und Grade entwickeln können, da sich nun die Frage nach einer eigenen Staatlichkeit immer virulenter stellte.

Nationen, die in der Vergangenheit über eigene Staatsgebilde verfügt hatten, so etwa Polen, konnten hierbei auf diese älteren „Vorbilder“ rekurrieren, während sich für die Nationen, die bis dato über keine eigene Staatlichkeit verfügt hatten, nun erstmals die Chance bot, ein eigenes, unabhängiges Staatswesen zu etablieren.<sup>1</sup> Die Akteure der Nationalbewegungen erkannten diese Gelegenheit und artikulierten, sofern es möglich war, die in dieser Phase entwickelten Vorstellungen der territorialen Gestalt eines zukünftigen unabhängigen Staates und damit von mehr oder weniger konkreten Grenzverläufen. Daher begannen sich Akteure der Nationalbewegungen im östlichen Europa zunehmend mit Konzepten der Staatlichkeit und damit der zukünftigen territorialen Gestalt des jeweiligen Nationalstaates auseinanderzusetzen.

Diese Territorialkonzepte vertraten die Repräsentanten der sich bildenden Staaten bei den Alliierten und durch ihre Delegationen bei den Pariser Friedensverhandlungen. Die Pariser

1 Zu Demokratisierungskonzepten: AGNES LABA/MARIA WOJTCZAK (Hrsg.): „Aufbruch zur Demokratie?“. Aspekte einer Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas (1918-1939). Themenheft: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 64 (2015), H.2; Die Demokratie zwischen den Weltkriegen – vom Triumph zur Krise. Themenheft: Totalitarismus und Demokratie 12 (2015), H.1.

Vorortverträge beendeten damit nicht nur formal den Ersten Weltkrieg, indem sie das Ende der Kriegshandlungen und alle Konsequenzen des Ersten Weltkrieges offiziell festschrieben, sondern sie hatten auch nachhaltigen Einfluss auf die politische Landkarte Europas, wie wir sie heute kennen. Auf Grund der multiethnischen Struktur der Großregion bedeutete dies aber auch, dass um bestimmte Gebiete zwangsläufig konkurrierende Vorstellungen entstehen mussten – Konflikte um diese Gebiete schienen hiermit quasi vorprogrammiert. Diese Konflikte sollten im Folgenden auf verschiedenen Ebenen ausgetragen werden.<sup>2</sup>

Die Rolle der unterschiedlichen Nationalbewegungen und ihrer Territorialkonzepte bei den Friedensverhandlungen kann daher für die Neuordnung Europas nicht überschätzt werden, zumal während des Weltkriegs die (Weiter-)Entwicklung der Territorialkonzepte sich beschleunigte<sup>3</sup> und insbesondere die Kartografie einen prominenteren Platz in der Aus- und Verhandlung, aber auch der Legitimierung und Zurückweisung von Territorialforderungen einnahm<sup>4</sup>. Wegen ihrer jeweiligen territorialen Reichweite wurden jedoch nicht alle Grenzbeziehungen durch die Pariser Vorortverträge sanktioniert.<sup>5</sup> Andererseits flossen die entwickelten territorialen Vorstellungen auch in die Grenzbeziehungen ein, die nicht durch die Pariser Vorortverträge abgedeckt worden waren, beispielsweise im Baltikum und im heutigen Gebiet von Belarus. Insbesondere dort wurde das auf den Zusammenbruch der großen Armeen folgende Machtvakuum genutzt, um Grenzvorstellungen mit Waffengewalt, die sich teilweise bis Anfang der 1920er Jahre hinstreckte, durchzusetzen. Diese Kämpfe müssen letztendlich als Territorialisierungspraktiken gesehen werden und bildeten das (von Gewalt begleitete) Ringen von Territorialkonzepten und konkurrierenden Grenzvorstellungen der verschiedenen nationalen Akteure ab. Dieses Ringen war von mit von der Expansion Sowjetrusslands begleitet sowie dem Abstecken neu entwickelter Hegemonievorstellungen. Entstanden im nordöstlichen Europa und Ostmitteleuropa in der Folge der Pariser Nachkriegsordnung und durch Waffengewalt so neue Staaten und neue Grenzbeziehungen, stellte sich in Südosteuropa noch die Frage nach der Revision der im 19. Jahrhundert durch den schrittweisen Zerfall des Osmanischen Reiches, die Expansions- und Hegemonialbestrebungen des Russländischen und Habsburger Reiches entstandenen Grenzbeziehungen.

- 2 HANS LEMBERG (Hrsg.): Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert: aktuelle Forschungsprobleme, Marburg 2000.
- 3 Beispielsweise ALEXANDRA SCHWEIGER: Polens Zukunft liegt im Osten. Polnische Ostkonzepte der späten Teilungszeit (1890-1918), Marburg 2014, und PETER HASLINGER: Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880-1938, München 2010, S. 209-286.
- 4 So etwa auch die des Russländischen Reiches: STEVEN SEEGEL: Mapping Europe's Borderlands. Russian Cartography in the Age of Empire, Chicago/IL 2012, S. 242-266. Zur Rolle der Kartografie Eugeniusz Romers bei den Friedensverhandlungen u.a. DARIUSZ PRZYBYTEK, GRZEGORZ STRAUCHOLD: Von Versailles bis Potsdam: Die Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der polnischen politischen Kartographie zwischen 1919 und 1945, in: PETER HASLINGER, VADIM OSWALT (Hrsg.): Kampf der Karten. Propaganda- und Geschichtskarten als politische Instrumente und Identitätstexte, Marburg 2012, S. 200-215.
- 5 Zur Aushandlung der russisch-polnischen Grenze in Folge des polnisch-russischen Krieges JERZY BORZECKI: The Soviet-Polish Peace of 1921 and the Creation of Interwar Europe, New Haven 2008.

Im östlichen Europa entstanden zahlreiche neue Staaten, während die Verlierer des Krieges, allen voran Deutschland, Österreich und Ungarn, sich mit umfassenden Gebietsverlusten konfrontiert sahen, zugleich wurden Gebiete mit zweifelhaften Begründungen annektiert. Durch diese divergierenden Territorialkonzepte und Territorialisierungspraktiken gab es zahlreiche Gebiete mit einem (zunächst) ungeklärten Status und einer eher zweifelhaften Rechtfertigung der Besitzansprüche sowie Gebiete, die auf Regelungen mit einem eher salomonischen oder dilatorischen Charakter zurückzuführen sind. Hierunter fallen etwa das Wilna-Gebiet, Ost-Galizien, die Karpathoukraine und die Freie Stadt Danzig.

Diese neuen Staaten waren meist multiethnisch und -konfessionell geprägt, wobei deren Regierende aber nationalstaatliche Ziele verfolgten.<sup>6</sup> Die Festlegung der Grenzen konnte somit die konkurrierenden Ansprüche auf bestimmte Gebiete nicht befriedigen, auch weil die Grenzziehungen durch die Pariser Vorortverträge als Oktroy empfunden wurden. Revisionistische Tendenzen waren daher im östlichen Europa allorts vorhanden. Nur wenige Grenzen waren tatsächlich unumstritten und nur wenige Staaten führten ein konfliktfreies nachbarschaftliches Verhältnis, beispielsweise Polen und Rumänien. Zieht man dann in Betracht, dass häufig die Minderheitenbevölkerung in einem Staat zugleich auch die den Nachbarstaat tragende Mehrheitsbevölkerung bildete, entstand ein gefährliches Wechselspiel von (innerer) Minderheitenpolitik, dem Agieren der Minderheiten und der Außenpolitik: Es entwickelte sich das Konfliktpotenzial, das Rogers Brubaker als *triadic nexus*<sup>7</sup> charakterisierte und das zum Zündstoff für weitere Konflikte zwischen den Staaten werden sollte.

### *Interdependenzen von politischen Konzepten und früher Forschungsliteratur*

Die territoriale Neuordnung des östlichen Europas nach dem Zusammenbruch der kontinentalen Imperien, wie sie in den Pariser Vorortverträgen, aber auch weiteren bi- resp. multilateralen Vereinbarungen wie etwa dem Frieden von Riga festgeschrieben worden war, war somit das Ergebnis komplizierter Aus- und Verhandlungen und von Gewalt begleiteter Territorialisierungspraktiken. Einerseits brachten die Siegermächte ihre eigenen Interessenlagen in die Aushandlung der neuen politischen Landkarte Europas mit ein: So hatte U.S.-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 in seinen berühmten *14 Punkten* vor beiden Häusern des U.S.-Kongresses sein Friedensprogramm bekanntgegeben, in dem eine staatliche Eigenständigkeit Polens mit sicherem Zugang zum Meer als fester Eckpunkt eines zukünftigen Friedens festgeschrieben worden war. Auch Frankreich und Großbritannien verfolgten mit der Neu-

6 Vgl. BEATE STÖRTKUHL: *Aufbruch und Krise. Das östliche Europa und die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2010.

7 ROGERS BRUBAKER: *Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe*, Cambridge 1996.

ordnung Ostmitteleuropas ihre eigenen politischen Ziele.<sup>8</sup> Andererseits waren es die Vertreter der Nationen, die während der Kriegsjahre eine starke Nationalbewegung entwickelt hatten und nun die Chance sahen, bei den Siegermächten für ihre Territorialforderungen Unterstützung zu erlangen. Sofern sie von den Siegermächten zu den Verhandlungen zugelassen worden waren, hatten sie also auch eigene Territorialprogramme für die Friedensverhandlungen im Gepäck. Die Komplexität der anstehenden Territorialfragen entsprach somit auch der Komplexität der an den Aus- und Verhandlungen in Paris beteiligten Gremien, Arbeitsgruppen und Experten, während die Vertreter der unterschiedlichen Nationen durch Denkschriften, Karten und Bevölkerungsstatistiken versuchten, einen für ihre Sache möglichst positiven Ausgang der Verhandlungen zu erreichen.<sup>9</sup>

Diese Territorialkonzepte über den Umfang eines zukünftigen Staatsterritoriums, die die nach einer staatlichen Unabhängigkeit strebenden Nationen in Paris vorbrachten, müssen dabei als das (Zwischen-)Ergebnis von teils seit Jahren geführten Aushandlungsprozessen und als eine Art Schnittmenge von nebeneinander existierenden oder sogar miteinander konkurrierenden Territorialkonzepten angesehen werden, die die Debatten innerhalb der jeweiligen Nationalbewegungen prägten. Sie waren in den meisten Fällen aufgrund der fehlenden staatlichen Unabhängigkeit nicht von Politikern in Parlamenten ausgehandelt worden, sondern in von Wissenschaftlern verfassten Beiträgen in der Publizistik und in der wissenschaftlichen Forschungsliteratur. Die (wissenschaftlich fundierte) Publizistik und die Forschungsliteratur wurden auf diese Weise zu einer ausgelagerten Diskursarena politischer Debatten.

### *Inhalte des Themenportals*

Vor diesem Hintergrund ist die wissenschaftliche Forschungsliteratur für die Nachzeichnung der Genese der jeweiligen Territorialkonzepte der unterschiedlichen Nationalbewegungen von herausragender Bedeutung. Neben Vertretern der Nationalbewegungen, die als Berufspolitiker eingestuft werden können, waren es vor allem Geografen, Kartografen, Juristen, Historiker, Bevölkerungsstatistiker, Linguisten und andere akademisch ausgebildete Personen, die in den unterschiedlichen Fachjournalen – aber auch in der breiten, nichtfachlichen Presse – die Diskussionen über das als *rechtmäßig* angesehene Staatsterritorium ausfochten. Historische, linguistische, ethnografische, bevölkerungspolitische und zahlreiche andere Theorien und Argumentationslinien wurden dabei als Beweisstrategien herangezogen, um die jeweils vorgebrachten Territorialforderungen zu legitimieren. Bevölkerungs- und Sprachenstatistiken und

8 DAVID STEVENSON: *French War Aims against Germany: 1914-1919*, Oxford 1986; HUBERT GEBELE: *Die Probleme von Krieg und Frieden in Großbritannien während des Ersten Weltkriegs: Regierung, Parteien und öffentliche Meinung in der Auseinandersetzung über Kriegs- und Friedensziele*, Frankfurt/M. 1987.

9 EDWARD MANDELL, CHARLES SEYMORE: *What Really Happened at Paris. The Story of the Peace Conference, 1918-1919. By American Delegates*, New York 1921.

kartografische Darstellungen stützten anhand wissenschaftlicher Beweisführungsstrategien und Präsentationsformen diese Theorien und Forderungen.<sup>10</sup>

Die Territorialkonzepte, die innerhalb dieser Debatten ausgearbeitet und etabliert wurden, hatten nachhaltigen Einfluss auf die Ver- und Aushandlungen bei den diversen Friedensschlüssen und nicht zuletzt auf Bestrebungen, territoriale Ansprüche gewaltsam durchzusetzen. Bei den Friedensverhandlungen in Paris brachten nicht nur politische Akteure als Vertreter der unterschiedlichen Nationalbewegungen Territorialkonzepte in Form von Territorialforderungen gegenüber den Siegermächten vor, sondern auch Wissenschaftler, wie etwa der polnische Geograf Eugeniusz Romer (1871-1954), waren Mitglieder der Delegationen und arbeiteten als *Experten* in den unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Gremien mit. Die von ihnen erstellten Denkschriften, Statistiken und Karten dienten den Siegermächten oftmals als Orientierungshilfe bei Entscheidungsfindungsprozessen. So wird heute etwa dem *Polski atlas kongresowy*<sup>11</sup> Eugeniusz Romers eine herausragende Bedeutung bei der Aushandlung von Polens Westgrenze in Versailles zugesprochen. Letztlich ging es bei den Verhandlungen wie auch in den Versuchen, die neuen Staaten innen- wie außenpolitisch zu konsolidieren, immer wieder um eine wissenschaftlich begründete Rechtfertigung von Grenzziehungen. Da eng mit den Grenzverläufen die Inklusion ethnischer Minderheiten verbunden war, ging es auch darum, die ethnische Gemengelage in den jeweiligen Regionen zu berücksichtigen und zu erläutern, warum diese Gebiete für den jeweiligen Staat von Bedeutung waren und beansprucht wurden. In diesen Diskursen ging es schließlich immer darum, die neue Staatlichkeit und ihre Grenzen zu legitimieren und sie durch diese Legitimation zu konsolidieren.<sup>12</sup>

Die Jahre des Ersten Weltkriegs, der gewaltsamen Auseinandersetzung um Grenzziehungen nach dessen Ende sowie die unmittelbare Nachkriegszeit waren somit von einer besonders intensiven Rückkoppelung zwischen Politik und Wissenschaft geprägt, die sich nicht nur in Transferprozessen von *wissenschaftlicher Expertise* in die Politik äußerte, sondern in zahlreichen Fällen auch in personellen Überlappungen, wie das Beispiel des ungarischen Geografen Pál Teleki (1879-1941) zeigt, der 1920 ungarischer Ministerpräsident wurde.<sup>13</sup>

10 Vgl. die sich im Entstehen befindende Dissertation von Agnes Laba: Der Ostgrenzen-Diskurs der Weimarer Republik im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit die die Rolle geografischer und kartografischer Präsentationsformen, Argumentationslinien und -strategien zur Stützung des deutschen Revisionsdiskurses gegenüber der neuen Ostgrenze beleuchtet. Zum Wechselverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft u.a. die Arbeit von MITCHELL ASH: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: RÜDIGER VOM BRUCH, BRIGITTE KADERAS (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32-51.

11 EUGENIUSZ ROMER: *Polski atlas kongresowy*, Lwów 1921.

12 Zu Minderheiten in der Zwischenkriegszeit vgl. MATHIAS BEER, STEFAN DYROFF (Hrsg.): Politische Strategien nationaler Minderheiten in der Zwischenkriegszeit, München 2013. Am besten untersucht ist dabei das deutsche Beispiel NORBERT KREKELER: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik: die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973.

13 BALÁSZ ABLONCZY: Pál Teleki (1879-1941): the Life of a Controversial Politician, Boulder 2006.

Die frühe Forschungsliteratur war somit sehr stark interessen­geleitet und nimmt legitimatorischen Charakter an, ging es bei den Publikationen zwischen Weltkriegsbeginn und Mitte der 1920er Jahre eben um eine enge Rückbindung an die aktuellen politischen Erfordernisse: Nach der Festlegung der territorialen Gestalt der Staaten, die ebenfalls begründungswürdig war, ging es darum, die neue Staatlichkeit zu konsolidieren und die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu integrieren. Über die frühe Forschungsliteratur können somit zeitgenössische Problemlagen, Befindlichkeiten und Wahrnehmungen, die Konstruktion von der neuen Staatlichkeit entsprechenden Identitäten und *mental maps* analysiert werden. Zugleich können Aspekte des Wissenstransfers, die Beeinflussung von Konzepten durch Gewalt und Traumatisierung, die Frage nach Sicherung und Konsolidierung der neu gewonnenen Staatlichkeit nachgezeichnet werden. Die Nachzeichnung dieser Aushandlungsprozesse von Territorialkonzepten, aber auch der Konstruktion neuer staatlich-nationaler Identitäten durch die frühe Forschungsliteratur zu den Grenzziehungen im östlichen Europa nach dem Ersten Weltkrieg stellt somit in dieser Tiefe bis heute ein Forschungsdesiderat dar.

In dem Themenportal wird daher frühe Forschungsliteratur zu Fragen der Grenzziehungen im östlichen Europa und, eng damit verbunden, zur Etablierung der Staatsmacht und zur Minderheitenproblematik aufbereitet. Auch wenn uns bewusst ist, dass Karten Ergebnis von Forschungen und den daraus resultierenden Territorialkonzepten sind, haben wir vor allem aus urheberrechtlichen Gründen darauf verzichtet, sie in dieses Portal einzubeziehen.

Im Themenportal wurde im Wesentlichen unselbständige Literatur aus dem östlichen Europa sowie aus dem deutsch-, französisch- und englischsprachigen Raum erfasst, da sie schwerer als selbständig erschienene Schriften zu ermitteln ist. Über die genannten Autoren können jedoch seitens der interessierten Wissenschaftler/innen weiterführende Recherchen zu selbständig erschienener Literatur unternommen werden. Hierbei fokussiert das Themenportal auf die Behandlung von Territorialkonzepten und deren politisch-rechtlichen Folgen in wichtigen historischen, geografischen, ethnografischen und nicht zuletzt juristischen Zeitschriften, durch die die oben skizzierten Problemlagen vertiefend analysiert werden können. Ausgewählt wurden daher Beiträge, die nach (möglichen) Grenzen, Grenzziehungen resp. nach räumlichen Konzepten, aber auch nach der Bevölkerung(szusammensetzung) in den Grenzgebieten und in von Grenzverschiebungen betroffenen Gebieten, also nach nationalen und konfessionellen Minderheiten und nicht zuletzt nach der Etablierung der Staatsmacht in den Grenzgebieten fragen.

Hierbei erhebt das Themenportal keinen Anspruch auf Vollständigkeit der präsentierten Beiträge, sondern stellt repräsentative Texte der frühen Forschungsliteratur (1914-1925) einem interessierten Publikum zur Verfügung, um so zu weiteren, vertiefenden Forschungen zur Problematik der Grenzziehungen und ihren Folgen für die neuen Staaten im östlichen Europa nach dem Ersten Weltkrieg anzuregen.



Die Erhebung und Auswahl der Materialien erfolgte im Rahmen des DFG-finanzierten Projektes „Ostdok“ in Kooperation zwischen dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft (Marburg), das für die Auswahl der ostmitteleuropäischen, der deutsch-, englisch- und französischsprachigen Literatur verantwortlich zeichnet, und dem Institut für Ost- und Südosteuropastudien (Regensburg), das die frühe Forschungsliteratur aus Südosteuropa ermittelt hat.